Medieninformation

Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt

Ihr Ansprechpartner
Juliane Morgenroth

Durchwahl
Telefon +49 351 564 55055
Telefax +49 351 564 55060

presse@sms.sachsen.de*

09.11.2023

Staatsministerin Petra Köpping zum 9. November: »Die Opfer mahnen uns: Antisemitismus muss mit aller Konsequenz bekämpft werden«

Zum 9. November erklärt Petra Köpping, Staatsministerin für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt:

«Der 9. November 1938 war eine Zäsur für das jüdische Leben in Deutschland. Auch in Sachsen wurden Menschen jüdischen Glaubens durch Straßen gehetzt, bedroht, inhaftiert und ermordet. Ihre Geschäfte und Wohnungen wurden geplündert und zerstört. Synagogen wurden niedergebrannt, jüdische Friedhöfe geschändet. Diese schrecklichen Stunden war Auftakt des größten Völkermordes in Europa: Ab dem 10. November folgten systematische Deportationen von Jüdinnen und Juden in Konzentrationslager.

Der 85. Jahrestag der Reichspogromnacht gibt Anlass für Trauer und Gedenken, aber auch die Möglichkeit, für demokratische Werte einzustehen. Eine lebendige Erinnerungskultur kann dabei einen entscheidenden Beitrag leisten und gleichzeitig den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft stärken. Wir brauchen noch mehr Menschen, die entschieden widersprechen, wenn rechtsradikale Kräfte einen »Schlussstrich« unter die NS-Verbrechen ziehen wollen. Nicht nur angesichts der schrecklichen Ereignisse in Israel dürfen wir es nicht zulassen, dass die Novemberpogrome in Vergessenheit geraten oder sich sogar wiederholen.

Jüdisches Leben muss geschützt und geachtet werden – ohne Wenn und Aber. Es muss uns deshalb alarmieren, dass es deutschlandweit im dritten Quartal einen deutlichen Anstieg antisemitischer Straftaten gab – das lässt für das vierte Quartal Schlimmes befürchten. Es ist zutiefst beschämend, dass Antisemitismus ausgerechnet im Ursprungsland der Shoah wieder Alltag zu sein scheint. Es liegt in unserer Verantwortung, das nicht zu akzeptieren, sondern mit aller Konsequenz zu bekämpfen.

Hausanschrift:
Sächsisches Staatsministerium für Soziales, Gesundheit und Gesellschaftlichen Zusammenhalt
Albertstraße 10
01097 Dresden

www.sms.sachsen.de

Zu erreichen mit den Straßenbahnlinien
3, 7, 8 Haltestelle Carolaplatz.

* Kein Zugang für verschlüsselte elektronische Dokumente. Zugang für qualifiziert elektronisch signierte Dokumente nur unter den auf www.lsf.sachsen.de/eSignatur.html vermerkten Voraussetzungen.

Der 9. November lehrt uns, wozu Menschen fähig sind und wie schnell die Stimmung in der Bevölkerung kippen kann, wenn geistige Brandstifter ungestört agieren können. Es darf in Sachsen keinen Platz für Antisemitismus, Hass und Hetze geben. Eine demokratische, vielfältige und offene Gesellschaft muss immer wieder aufs Neue erkämpft und verteidigt werden. Das sind wir nicht nur den Opfern des Holocaust, sondern allen Menschen auf dieser Welt schuldig, die von Terror und Krieg bedroht sind.

Im Sächsischen Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt ist das Demokratie-Zentrum Sachsen seit Jahren ein wichtiger Ansprechpartner für alle, die sich im Freistaat mit Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und demokratiefeindlichen Einstellungen auseinandersetzen wollen oder müssen. Neben der Beratung von Engagierten sowie Betroffenen, stellen Unterstützungsangebote für Kommunen sowie lokale Verantwortungstragende einen Schwerpunkt der Arbeit dar. So bietet der RAA Sachsen e.V. im Rahmen des Beratungsnetzwerks des Demokratie-Zentrums Sachsen Fachberatung für Betroffene rechter, rassistischer und antisemitischer Gewalt an. Der Entwicklung von Strategien und Methoden gegen Antisemitismus und Verschwörungsideologien widmen sich im Freistaat die im Bundesprogramm »Demokratie leben!« geförderten Modellprojekte »Debunk« der Amadeu Antonio Stiftung sowie das Projekt »Gibt's doch gar nicht« des HATiKVA e.V.«, so Staatsministerin Köpping abschließend.

Hinweis

Das Demokratie-Zentrum Sachsen wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) im Rahmen des Bundesprogramms »Demokratie leben!« gefördert. Die Maßnahme wird zudem mitfinanziert durch Steuermittel auf der Grundlage des vom Sächsischen Landtag verabschiedeten Haushaltes.

Kontakt

Sächsisches Staatsministerium für Soziales und Gesellschaftlichen Zusammenhalt, Demokratie-Zentrum Sachsen, Albertstr. 10, 01099 Dresden, Tel. 0351 56454-999,

E-Mail: lks-dz@sms.sachsen.de, https://www.sms.sachsen.de/demokratie-zentrum-sachsen-4014.html

Links:
Demokratie-Zentrum Sachsen